Endlich

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **91 (2016)**

Heft 11

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-737907

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Endlich

Am 25. September 2016 hiess das Schweizervolk mit Zweidrittelmehrheit das neue Gesetz zum Nachrichtendienst gut. 65,8% der Stimmen und alle Stände bejahten das NDG, 32,8% lehnten es ab. In der Waadt, dem Kanton des federführenden Bundesrates Parmelin, erfuhr das NDG mit 74,2% den höchsten Zuspruch, am wenigsten Ja lieferte Basel-Stadt mit 55,0%.

Damit ist für die Befürworter eines schnittigeren NDG eine lange Leidensstrecke doch noch zu einem guten Ende gekommen.

In den 1990er-Jahren war an eine Verschärfung der Schweizer Gesetze nicht zu denken; die Fichen- und die P-26-Affäre hallten nach, männiglich fürchtete sich vor dem Schnüffelstaat.

Freiheit gegen Sicherheit

Dann, nach den verbrecherischen Anschlägen der al-Kaida auf New York und Washington, setzte hinter den Kulissen eine intensive Diskussion ein. Die damals noch zwei Nachrichtendienste und etliche Kantone forderten griffigere Instrumente, unterstützt vom Fedpol und auch der Armee.

Lange ging der Kampf hin und her zwischen dem berechtigten Wunsch der Bürger auf Freiheit vor Bespitzelung und der Notwendigkeit, unsere Dienste – oder später dann: unseren Dienst, den NDB – mit stärkeren Waffen vor allem im Präventivbereich zu versehen.

«Der grosse Lauschangriff»

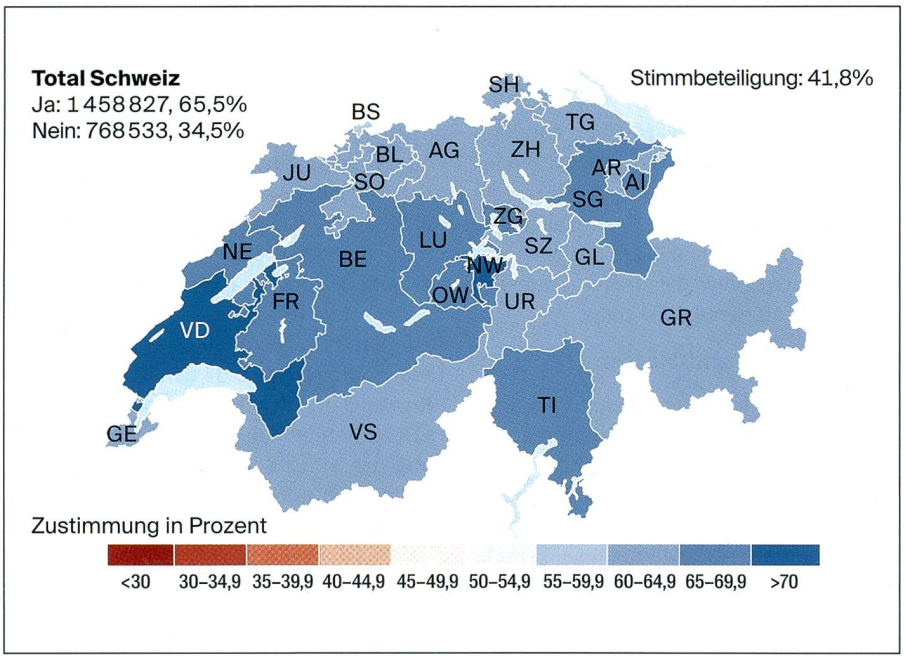
Lange fürchteten die politischen Verantwortungsträger auch die Niederlage an den Urnen. In der Tat drohten die Gegner einer Verschärfung mit Kampagnen gegen den «Überwachungsstaat», gegen die «Schlapphüte», gegen den «Lauschangriff».

So tragisch es ist, aber es entspricht der bitteren Wahrheit: Dieser anfangs so starke, erfolgsversprechende Widerstand brach unter den gemeinen Schlägen des jihadistischen Terrors in Europa zusammen. Plötzlich kamen die Terrormeldungen nicht mehr aus Beirut, Istanbul, Bagdad – nein, die Verbrecher schlugen in Paris (2 ×), Brüssel, Nizza und mehrmals auch im vermeintlich heilen Deutschland zu.

Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, dass schon der fürchterliche 13. November 2015, als sieben jihadistische Gangster Paris mit Blut und Schrecken überzogen, das Blatt zugunsten schärferer Gesetze wendete. Vollends bekräftigte die grausame *Rollover*-Attacke von Nizza den Umschwung.

Scharfe Kontrollen

Zum deutlichen Ergebnis mögen auch die strengen Kontrollen beigetragen haben, die das Gesetz für den NDB vorsieht. Es ist Bundesrat Parmelin und seinem Vorgänger Maurer gut gelungen, die Angst vor dem Schnüffelstaat zu entschärfen. *fo.*



Grafik: St. Galler Tagblatt

Am meisten Ja (74,2%) erhielt das NDG in der Waadt, am wenigsten (55,0%) in Basel.

Waadt (74,2%), Nidwalden (70,1), Zug (69,3) und Luzern (69,1) an der Spitze

Eine überaus wuchtige Annahme erfuhr das NDG in der Zentralschweiz. Nidwalden lieferte 70,1% Ja, Zug 69,3%, Luzern 69,1% Ja, Obwalden 68,7%, Schwyz 63,9% und Uri 63,9%. Damit belegten die vier Zentralschweizer Kantone NW, ZG, LU und OW hinter der Waadt landesweit die Ränge 2 bis 5.

Recht kompakt stimmte die erweiterte Ostschweiz. St. Gallen brachte 65,8% Ja, Appenzell Innerrhoden 65,5%, der Thurgau 64,4%, Graubünden 63,6%, Glarus 62,8%, Appenzell Ausserrhoden 61,3% und Schaffhausen 60,5%. Das St. Galler Resultat entspricht auf den Zehntelsprozent genau dem Schweizer Ergebnis.

Zürich blieb mit 64,0% knapp unter dem Schweizer Mittel, das Tessin mit 66,1% hauchdünn darüber.

Basel-Landschaft mit 63,6% Ja und Basel-Stadt mit 55,0% lagen immerhin 8,6% auseinander. Im Mittelland brachte Bern 65,9% Ja, der Aargau 64,9% und Solothurn 63,4%. Bern lag damit ein Zehntelprozent über dem Schweizer Durchschnitt.

In der *Suisse Romande* tat sich eine gewisse Bandbreite auf. Von Graben kann jedoch nicht die Rede sein. Die Waadt trug zum Sieg der Befürworter 74,2% bei, Fribourg 67,2%, Neuenburg 65,1%, das Wallis 64,8%, der Jura 63,2% und das international getränkte Genf 61,2%.